

Volksrepublik China : ein separatistischer Konflikt

Autor(en): **Allenspach, Dominik**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69263>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Volksrepublik China: Ein separatistischer Konflikt

Im Nordwesten der Volksrepublik China (PRC), in der Autonomen Region Xinjiang-Uigur (XUAR), herrscht ein separatistischer Konflikt, der von den westlichen Medien und der Öffentlichkeit zu unrecht vergessen wird. Denn durch die langsame aber stetig voranschreitende Öffnung der PRC, weisen die Sezessionsbestrebungen der Uiguren immer stärkere gesellschaftspolitische Auswirkungen und Konfliktpotenziale nicht nur für die PRC, sondern auch für die internationale Staatengemeinschaft auf.

Dominik Allenspach

Repressive Politik der Kommunistischen Partei Chinas (CCP)

Der gegenwärtige separatistische Konflikt in der XUAR setzte nach der Ära Mao Zedongs Ende der 1970er Jahre ein. Mit der Machtübernahme durch Deng Xiaoping erfolgte eine Phase der wirtschaftlichen Reformen, der innenpolitischen Kontinuität und der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen. Diese Reform- und Öffnungspolitik in der PRC führte zu einer Modernisierung und einer Anbindung Chinas an das Internationale System. Die Liberalisierung der staatlich kontrollierten Wirtschaft und Gesellschaft erfolgte aber unter strikter politischer Kontrolle der CCP. Eine Demokratisierung der PRC war bei dieser Reformphase nicht beabsichtigt und auch die Einparteiherrschaft der CCP wurde fortgesetzt. Gesamtgesellschaftliche Veränderungen gingen nur soweit, wie sie mit der Einparteiherrschaft vereinbar waren und diese nicht gefährdeten. Jedoch verstärkten sich die Sezessionsbestrebungen der Uiguren und es wurde ein tiefgreifender politischer Wandel gefordert. Die CCP musste deshalb ihre Macht durch verschiedene Antikriminalitätskampagnen und einen eigenen «war on terror» sichern. Dabei wurden willkürliche Verhaftungen, Kollektivstrafen und Exekutionen gegen uigurische Separatisten, nationalistische Gegner und religiöse Gruppen vorgenommen. Ferner betrieb die CCP in der

XUAR eine Scheinautonomie sowie eine fortschreitende Assimilation und missachtete das Selbstbestimmungsrecht der Uiguren.

Zerfall der Sowjetunion

Der Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 und die folgende Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten an der Grenze zur XUAR führte zu einer spannungsgeladenen und instabilen Situation in diesem Gebiet. Denn durch diese Ereignisse kam das durch den Kalten Krieg unterdrückte territoriale Gemengelage in der Region wieder zum Vorschein. Flüchtlinge von unterlegenen Klans aus Kasachstan und Kirgistan befinden sich in der XUAR und viele Uiguren leben in den angrenzenden zentralasiatischen Staaten. Dadurch werden Verbindungen der uigurischen Separatisten mit oppositionellen Organisationen in der Grenzregion ermöglicht. Diese unterstützen die uigurischen Separatisten nicht nur politisch, sondern auch mit Waffenlieferungen, wodurch sich die Uiguren in ihrem separatistischen Kampf bestärkt sehen.

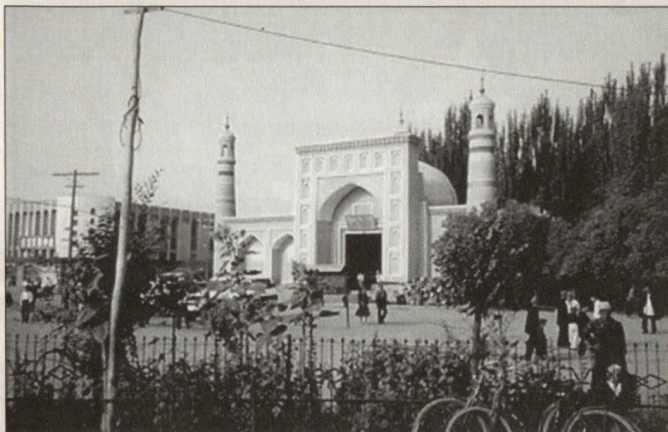
Verstärkter Islamismus

Durch den erweiterten Handel der XUAR seit der wirtschaftlichen Öffnung der PRC wurden neben den angrenzenden zentralasiatischen Staaten vor allem Staaten des Mittleren Ostens, wie Pakistan, Iran oder Saudi Arabien, wichtige Handelspartner. Diese arabischen Staaten beobach-

ten die Situation der Uiguren in der XUAR und versuchen hier den islamistischen Einfluss zu vergrößern. Dies führt zur Entstehung paralleler Machtstrukturen und Institutionen. Die CCP sah sich deshalb seit den frühen 1990er Jahren gezwungen, die Restriktionen auf die Religionsausübung zu verstärken. Ferner können uigurische Separatisten ausgemacht werden, die eine enge Verbindung zu islamistischen Bewegungen in Pakistan, Kashmir, Bangladesch, Saudi Arabien, Palästina und Nordafrika haben. Diese Kontakte entstanden erstmals, als die CCP Uiguren in den sowjetischen Afghanistankrieg schickte, um an der Seite der Mudschaheddin gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Dies war ein Ausgangspunkt für viele Uiguren, sich weiteren islamistischen Organisationen anzuschließen und bei Auseinandersetzungen in der Region zu beteiligen. Eine weitere Verbindung einiger uigurischer Separatisten zu islamistischen Bewegungen zeigt die «East Turkestan Islamic Movement (ETIM)» auf. Diese ist eine bekannte separatistische Organisation in der XUAR und wurde von den Vereinten Nationen (UN) auf die «list of terrorists and terrorist supporters associated with Osama bin Laden and his al Qaeda network» gesetzt.

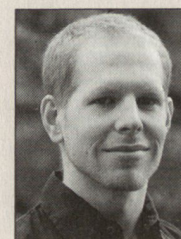
Ausblick

Die internationale Staatengemeinschaft beschränkt sich in diesem separatistischen Konflikt auf verurteilende Vorstöße über das Verhalten der CCP gegenüber den Uiguren in der XUAR. Sodann werden die Verbindungen einiger uigurischer Separatistenorganisationen zum internationalen Terrornetzwerk gebrandmarkt. Trotzdem würde die internationale Staatengemeinschaft gut daran tun, in dieser Region aktiv zu werden, will sie sich in Zukunft nicht mit einem weiteren dringend zu lösenden Konflikt auseinandersetzen müssen. Denn dadurch könnte die Herrschaft der CCP in der XUAR und das Vorrücken des internationalen Terrorismus besser kontrolliert sowie ein geordneter Stabilisierungsprozess in der Region eingeleitet werden. ■



Für viele Uiguren stellt die islamische Religion mit ihren Moscheen, hier die Id-Kah Moschee in Kashgar im Südwesten der XUAR, einen wichtigen Bezugspunkt im separatistischen Kampf gegen die CCP dar.

Foto: Oliver Wild



Dominik Allenspach,
lic. phil.,
Politologe,
8003 Zürich.